

TiSA darf nicht sein – Keine weitere Deregulierung – keine Zwangsprivatisierung

Außer TTIP und CETA wird derzeit ein Abkommen verhandelt, das mindestens genau so viel Schaden anrichten könnte. Das sogenannte TiSA-Abkommen (Trade in Services Agreement) wird zurzeit zwischen der EU, den USA sowie weiteren 21 Staaten verhandelt, um den Dienstleistungssektor zu liberalisieren.

Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt und an den Bedürfnissen und Wünschen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, der EU sowie der anderen beteiligten Staaten vorbei. Da die TiSA-Staaten einen großen Teil der weltweit gehandelten Dienstleistungen auf sich vereinen, werden wohl auch unbeteiligte Staaten die ausgehandelten Standards einhalten müssen. Es besteht die Gefahr, dass sich Einzelinteressen von wenigen, aber starken Ländern durchsetzen.

Nach letztem bekanntgewordenem Verhandlungsstand ist zu befürchten, dass TiSA

- Finanzdienstleistungen weiter deregulieren wird. So sollen europäische Standards in Bezug auf den Datenschutz ausgehöhlt werden. Notfallmaßnahmen gegen Finanzkrisen oder die Beschränkung der Finanzmärkte zum Schutz der Verbraucher_innen könnten zukünftig leichter durch andere Staaten beklagt werden. Dies stellt eine weitere Hürde dar, um strengere Regeln zur Regulierung des Finanzsektors durchzusetzen. Unüberschaubare Produkte in Bereichen wie Rückversicherung und Retrozession, die in einem Land verkauft werden dürfen, sollen auch in den anderen 50 am Abkommen beteiligten Staaten verkauft werden dürfen. Außerdem könnte TiSA das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen in Deutschland gefährden, weil Sparkassen den Wettbewerb angeblich verzerren.
- Dienstleistungen im Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge deregulieren und privatisieren wird. Dazu gehören Dienstleistungen im Bereich der Gesundheits-, Wasser- und Energieversorgung, des ÖPNV, der Bildung und gar des Justizvollzugs. Gerade erst hat die erste erfolgreiche EU-Bürgerinitiative mit mehr als 1,8 Millionen Unterstützer_innen die Europäische Kommission daran gehindert, die Privatisierung der Wasserversorgung voranzutreiben. Durch TiSA würde sie wieder auf die Tagesordnung gelangen. Das verstößt nicht nur gegen das in Deutschland verfassungsrechtlich garantierte Recht der Kommunen auf Selbstverwaltung, sondern entspricht auch nicht dem erklärten Willen der

Menschen in Europa.

- Arbeitnehmerrechte verletzen und internationale Leiharbeit ausweiten wird:
Durch die Untersagung von wirtschaftlichen Bedarfsprüfungen einschließlich Arbeitsmarktprüfungen ist zu befürchten, dass ausländische Leiharbeiter_innen eingestellt werden ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, einzuwandern oder einen Wohnsitz oder eine Staatsangehörigkeit in dem Aufnahmeland zu erwerben. Dies macht sie abhängig vom guten Willen der Arbeitgeber. Arbeitnehmer_innenrechte dürfen nicht durch Freihandelsabkommen ausgehebelt werden.
- Standstill- und Ratchet-Klauseln geltend machen wird, die dafür sorgen, dass einmal durchgeführte Privatisierungen nicht wieder rückgängig gemacht werden können. Damit würden staatliche und kommunale Eingriffs- und Steuerungskompetenzen nachhaltig beschnitten.
 - alle Dienstleistungsbereiche umfassen wird, die nicht vorab ausgeschlossen wurden. Im Gegensatz zu vorigen Abkommen gilt bei TiSA: Bereiche, die nicht explizit ausgeschlossen wurden, müssen liberalisiert werden. Neu entstehende Dienstleistungen können daher nicht dem freien Marktgeschehen entzogen werden.

Bündnis 90 / Die Grünen Niedersachsen sagen daher:

- Wir brauchen weder TiSA noch andere umfassende Abkommen, um Dienstleistungen oder die öffentliche Daseinsvorsorge zu liberalisieren.
 - Handel und Wirtschaftswachstum stellen keinen Wert an sich dar. Handelsabkommen müssen einen fairen Welthandel unter Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien gewährleisten.
- Wegen der vielfältigen nachteiligen Auswirkungen lehnt der Landesverband Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen die Verhandlungen zu dem Freihandelsabkommen TiSA ab und fordert die Fraktionen in Landtag, Bundestag, Bundesrat und Europaparlament dazu auf, ihren Einfluss geltend zu machen, um das Abkommen zu verhindern.